

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Großdruck: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postkontonummer 404 49 Amt Rdn.

Nummer 273

Freisprecher Nr. 1

Laasphe, Samstag den 22. November 1930

55. Jahrgang

Das Ausland und die Curtius-Rede.

Das Blatt Sabatiers hält die Rede für ein wenig rau. — Wie die französische Reichspresse hehlt. — Keine Konzeptionen Frankreichs an Deutschland. — Schacht's Meinung über den Young-Plan ist auch die von Dr. Curtius.

× Berlin, 21. November.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius im Reichsrat hat nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande ein lebhaftes Echo gefunden. Da die Rede eine Antwort auf die recht aggressive Kammer-Rede des französischen Ministerpräsidenten Lardieu war, hat man in Frankreich ein besonderes Interesse für die Ausführungen des deutschen Außenministers. Minister Curtius hatte in seiner Rede ungeschminkt die Folgen aufgezeigt, die sich daraus ergeben könnten, wenn Frankreich vom Versailler Vertrag abwich. Folgen, die nicht nur niemand in Deutschland, sondern die auch niemand in der ganzen Welt wünschen kann. Gleichzeitig hat er den unumstößlichen und unabänderlichen Friedenswillen des deutschen Volkes kundgegeben, das wahrhaftig nicht zu den Massengräbern des letzten Krieges die Massengräber eines neuen Krieges hinzufügen will. Der europäische Frieden ist ohne jeden Vorbehalt Ziel und Leitstern der Politik des deutschen Volkes. Aber dieser Friede muß den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen. Lebensnotwendigkeiten, die, wie Curtius mit Recht sagte, durchaus nicht den Lebensnotwendigkeiten anderer Völker widersprechen. Das sind Worte, die neben einer ausgeprägten Friedensliebe von Entschlossenheit zeugen und den Willen der deutschen Regierung, die deutschen Interessen mit Entschiedenheit zu vertreten.

Aus dem französischen Blätterwald.

In Frankreich ist die Rede des Reichsaussenministers Curtius von der Agentur Sabas in einem längeren Auszug verbreitet worden. Das radikale Blatt „La République“ begnügt sich mit der Feststellung, daß der Reichsaussenminister die schwierigen Fragen nicht umgangen habe und daß seine Darlegungen ein wenig rau klingen, aber nichts Aggressives enthalten, was Frankreich zu einer ersten Debatte herausfordere. Dagegen verhalten sich die rechtsstehenden Blätter, die Kommentare veröffentlichen, ablehnend.

„Echo de Paris“ spricht vom deutschen Jörn in der Lardieu-„Neuerung“ in der Frage der Abrüstung und der Revision der Verträge. Dieser mehr oder weniger im Raum gehaltene Jörn kommt auch in der Rede von Dr. Curtius zum Ausdruck.

Dr. Curtius wiederhole laut, was sehr oft in geheimen persönlichen Ausdrücken erörtert worden ist. Er leiste Frankreich damit einen Dienst. Man werde ihm doppelt dankbar sein, wenn seine Darlegungen dem französischen Parlament die Kraft gäben, von Briand mehr zu fordern als die vagen Melodien, mit denen er gewöhnlich seine Hörer überschütte.

„Figaro“ meint, kein deutscher Minister habe die Forderungen seines Landes in einem derartigen Ton vorgetragen. In Frankreich würden sich darüber nur die wundern, die auf die Konzeptionspolitik große Hoffnungen gesetzt und von Deutschland Dankbarkeit dafür erwartet hätten, daß Frankreich die deutsche Reparationslast herabsetze und das deutsche Gebiet fünf Jahre früher als vorgesehen geräumt habe.

Es wäre gut, wenn die Berliner Regierung sich darüber klar sei, daß von Frankreich keine neuen Konzeptionen zu erwarten seien, die sowieso dem Frieden nicht dienlich wären.

Eine amerikanische Stimme.

Die „New York Times“ weist auf die „beruhigenden Versicherungen“ Dr. Curtius' hin und erklärt, der Minister habe die öffentliche Meinung in Deutschland darauf verwiesen, daß, falls die Lasten des Young-Planes untragbar werden sollten, Deutschland nicht hilflos sei, da der Young-Plan selbst das Zugeständnis enthalte, daß eine Revision eines Tages sich als notwendig erweisen könnte.

Dr. Curtius habe auch erklärt, daß Deutschland den Young-Plan nicht zerreißen und sich seinen ausdrücklich übernommenen Verpflichtungen nicht entziehen werde. Ähnliche Zusicherungen seien bereits von Dr. Schacht gegeben worden. Nachdem sie nun aber Dr. Curtius für die deutsche Regierung gegeben habe, sollten die ehrlichen Absichten der deutschen Republik nicht leicht hin angezweifelt werden.

Die Tabaksteuervorlage.

Nach der Annahme im Reichsrat.

Nach den Beschlüssen des Reichsrates enthält die Tabaksteuervorlage eine Erhöhung des Rohstabakzoll auf 200 Rmk. für einen Doppelzentner. Der sogenannte steuerbegünstigte Feinschnitt wird auch weiterhin wie Pfeifentabak versteuert. Die durch diese beiden Maßnahmen bedingte Preissteigerung für Feinschnitttabak bietet die Gewähr, daß die Tabakpflanzung künftig unter allen Umständen angemessene Preise für ihre Erzeugnisse erzielen. Die weiterhin in der Vorlage enthaltenen Vorschriften über die Kontingentierung des Tabakbaues schaffen Sicherheit dafür, daß durch übertriebenen Mengenanbau die Vorteile der



Curtius' Antwort an Frankreich.

Die große Rede des Reichsaussenministers in der Reichsratsitzung. Zur rechten Hand des Redners Reichszankler Brüning, zu seiner Linken der bayerische Ministerpräsident Heide.

Eine Rede des Reichszanklers.

Auf dem Landgemeindetage.

Im Sitzungssaal des Reichstags fand am Freitag unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Reichsregierung und der Spitzenbehörden die Delegiertentagung des Landgemeindetages 1930 statt. Mit dem Reichszankler Dr. Brüning waren auch Reichsernährungsminister Schiele, Reichsverkehrsminister von Guérard, Reichsminister Treviranus und der preussische Innenminister Seevering erschienen.

In seiner Begrüßungsansprache dankte Bürgermeister Lange-Weißwasser besonders dem Reichszankler für sein Erscheinen.

Reichszankler Dr. Brüning ergriff zu einigen Ausführungen über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung das Wort. Die Regierung sei sich klar darüber, daß sie nicht auf einmal allen helfen könne. Aber sie wisse, wie schwer gerade die Lage der Landgemeinden sei. Der fürchterliche Sturz der Agrarpreise und der industriellen Krise zugleich treffe zuerst die Landgemeinden, die ohne steuerliche Reserven daständen! (Sehr richtig!) Keine Regierung könne jedoch im Handumdrehen die Probleme meistern, die die Entwicklung der letzten Jahre und die daraus entstandene Weltwirtschaftskrise ihr auferlegen. Auch der Reichstag habe leider jahrelang geglaubt, Lasten auch den Ländern und Gemeinden auferlegen zu können. Wir sind uns heute darüber klar, daß dadurch namentlich die Realsteuerlast zu einem schweren Druck geworden ist; aber Deutschland sei nicht das einzige Land, das die Wirtschaftsentwicklung überschätzt habe und jetzt zu drakonischen Sparmaßnahmen greifen müsse. Die Politik der Reichsregierung habe die stärkste Unterstützung auch der preussischen Regierung und aller Länderregierungen gefunden. Trotz der Agrarkrise sei es der Regierung gelungen, die Agrarpreise vom Weltmarkt abzuhängen. In kürzester Frist werde die Regierung weitere Maßnahmen treffen, denn von der Konsolidierung der Landwirtschaft her könne ein großer Teil der Arbeitslosigkeit behoben werden. (Sehr richtig!)

Für das nächste halbe oder ganze Jahr könne die Regierung noch keine volle Gesundung herbeiführen. Sie wolle die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nur soweit abmildern, daß das Vaterland nicht völlig zusammenbräche. (Bravo!) Die Lage sei erheblich schwieriger als Ende 1923. Man könne nur eine Stabilisierung in der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft herbeiführen. Zu diesem Zweck seien die Maßnahmen der Reichsregierung sorgfältig ausgewählt. Wenn sie durchgeführt seien, bestünde die Möglichkeit zu weiteren Schritten.

Sowohl in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag wie auch im Reichsrat habe sich die Reichsregierung übrigens schützend vor die Beamenschaft gestellt. Andere Länder muteten ihren Beamten aber noch härtere Opfer zu als Deutschland, obwohl die Beamten dort nicht so gut bezahlt würden. Man darf nicht, so ruft der Reichszankler aus, einen Stand von Opfern ausnehmen. (Lebhafter Beifall.) Schon 1929 haben wir gewaltige Abstriche am Reichschatz in Höhe von 180 Millionen vorgenommen. Im nächsten Jahre betragen die Abstriche nahezu eine Milliarde.

Im übrigen möchte ich damit schließen, daß entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Durchführung

Gehaltskürzungsgezet und Personalaufwandsgezet.

Bei dem Reichsrat.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat neben anderen wichtigen Gesetzesentwürfen auch die Entwürfe eines Gehaltskürzungsgezetes und eines Gezetes zur Einschränkung des Personalaufwands in der öffentlichen Verwaltung vorgelegt.

Das Gehaltskürzungsgezet enthält die Vorschrift, daß die Bezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht, der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger des Reichs und der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten vom 1. April 1931 an um 6 v. H. gekürzt werden. Die Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichszanklers und der Reichsminister werden um 20 v. H. gekürzt. Bezüge, die jährlich 1500 Rmk. nicht übersteigen, ebenso Kinderzuschläge und Dienstaufwandsentschädigungen bleiben Kürzungsfrei.

Das Personalaufwandsgezet überträgt das Gehaltskürzungsgezet in seiner Wirkung auf die Länder und Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Dann enthält das Personalaufwandsgezet noch eine weitere wichtige Bestimmung zur Entlastung des Reichshaushalts: Die Vorschriften über die Pflicht aller öffentlichen Körperschaften zur Berücksichtigung der Versorgungsansprüche bei der Auswahl ihres Beamtenpersonals sollen verschärft werden.

und zwar in schnellstem Tempo, des Gesamtprogramms der Reichsregierung ist. Das ganze Steuervereinfachungsgebot, das der Reichstag hoffentlich in der nächsten Woche verabschiedet, hat den Zweck, die Steuern und die Veranlagungstätigkeit so zu vereinfachen, daß wieder Klarheit und Rechtssicherheit eintreten und gleichzeitig Ersparnisse an der Verwaltung. Das wird in ganz erheblichem Maße nach Durchführung des Gesetzes innerhalb von zwei Jahren der Fall sein.

In seinen Dankworten an den Reichskanzler erklärte der Vorsitzende Lange, die Darlegung Brüning's bewiesen, daß die Reichsregierung regen Anteil an den Sorgen der Landgemeinden nehme. Das werde günstige Wirkungen im Lande auslösen.

Der preussische Innenminister Severing führte aus: Wenn der Reichskanzler erklärt hat, die Sorge der Reichsregierung sei darauf gerichtet, den täglich hervortretenden Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiet zu begegnen, so dürfen Sie mir glauben, daß auch die preussische Staatsregierung und besonders der Kommunalminister jeden Tag dieselben Sorgen hat, und daß diese Sorgen täglich größer werden, vor allem auf dem Gebiet, den Schwierigkeiten der kleinen Gemeinden zu begegnen.

Reichsminister Schiele hat, gegen alle Resignation, gegen allen Radikalismus sich zu stellen, nicht zwischen diesen beiden Extremen herumzupendeln. Die schweren Opfer der Landwirtschaft mußten anscheinend gebracht werden, um die Bevölkerung aufzurütteln. Jahrzehnte hindurch haben wir allzusehr Geschäftspolitik getrieben, nicht nationale, reale Politik. Das haben wir in der Haft der industriellen Entwicklung heute noch nicht ganz begriffen, daß die Ernährungsquelle der Nationen auf dem Lande liegt. Es gelte vor allem, den Ausgleich zwischen Erzeuger- und Verbraucherinteressen zu suchen, aber auch den Ausgleich zwischen dem Erzeugerpreis und dem vielfach noch überhöhten Verbraucherpreis.

Reichsminister Trebitz sprach in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe über die Hilfsmassnahmen, die seit 1929 für den Osten geleistet worden sind.

Den Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen behandelte dann der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding. Er betonte den engen Zusammenhang, in dem die Gemeindefinanzen mit der allgemeinen finanziellen Situation und mit der allgemeinen Wirtschaftskrise stehen.

Ueber die „Landgemeinden in Reich und Staat“ sprach dann der Präsident des Deutschen Landgemeindetages Dr. Gerete. Zweifellos seien im Reich und den Ländern noch erhebliche Ersparnisse möglich. In den Landgemeinden seien jedoch den Ersparnismöglichkeiten sehr enge Grenzen gezogen, weil sich die Landgemeinden ihren zwangsläufigen Verpflichtungen auf kulturellem und sozialen Gebiet nicht entziehen könnten. Solange der Gesetzgeber den Landgemeinden außerordentlich hohe Schul- und Wohlfahrtslasten zwangsläufig auferlege, könne an eine Senkung der Realsteuerauslastung nur gedacht werden, wenn entweder von Reich und den Ländern den Gemeinden höhere Steuerüberweisungen gegeben oder ihnen neue genügend ergiebige Steuerquellen erschlossen, oder aber die zwangsläufigen Ausgaben, wenigstens teilweise, übernommen würden. Jeder noch so sorgfältig aufgestellte Etat der Gemeinden werde zwangsläufig durch die unvorhergesehene Steigerung der Wohlfahrtslasten über den Haufen geworfen.

Die bisher in Aussicht genommene Lösung des Erwerbslosenproblems sei unzulänglich. Auch die Steuerquellen der Gemeindegeldbeiträge, der Biersteuer und der Bürgersteuer böten nicht annähernd einen Ausgleich für die gestiegenen sozialen Lasten der Gemeinden. Nachdrücklich wandte sich Dr. Gerete gegen das geplante Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer, da es gerade für die leistungsschwachen Arbeiterwohn- und Agrargemeinden, die heute kaum noch Einkommensteuer aufweisen, die verhängnisvollsten Folgen haben müßte. Schließlich forderte Dr. Gerete einen gerechten Lastenausgleich.

Major a. D. von Giffels-Tantow erinnerte noch die Vertreter des Reiches und Preußens an die ungeheure Not der Landgemeinden. Jeder Staat sei bisher zusammengesunken, der seine Landwirtschaft habe zusammenbrechen lassen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Landgemeinden und das deutsche Vaterland.

Die Aussprache über die Vorträge findet in einer geschlossenen Vertretertagung statt.

Regierung und Lohnsenkungen.

Der Reichskanzler bei den Christlichen Gewerkschaften.

Auf der Tagung des großen Ausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften) nahm Reichskanzler Dr. Brüning das Wort und führte aus:

In einer Zeit, wo Deutschland fast von den ausländischen Krediten abhängig sei, sei es die Hauptaufgabe der Regierung, so zu handeln, daß das Vertrauen zu Deutschland in der Welt wiederhergestellt werde. Alles andere nütze nichts. Kein Gläubiger glaube einem Schuldner, wenn dieser einen Aufwand treibe, der mit seinen Kräften nicht vereinbar sei. Es sei u. a. unmöglich, Lohnpolitik zu treiben mit andauernder Steigerung der Löhne und gleichzeitig das Reich mit starken sozialpolitischen Ausgaben zu belasten. Die Finanzsanierung des Reiches sei die vorrangigste Aufgabe. Vom Deutschen Gewerkschaftsbund könne er keine Zustimmung zu den Lohnsenkungen erwarten. Wirtschaftlich komme es darauf an, die arbeitsintensiven Betriebe der Wirtschaft gegenüber den kapitalintensiven zu entlasten. Dadurch werde die Gefahr weiterer Arbeitslosigkeit gemindert. Die Lohnsenkungen in Deutschland wären keine Folge des Regierungsprogramms. Andere Länder seien Deutschland vorausgegangen. Die Regierung denke gar nicht daran, schematische Lohnkürzungen durchzuführen. Jeder Pfennig aber, der gespart werden könne, mache bei knappen Löhnen, bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schon etwas aus. Die vielfach unbedachten Maßnahmen, die die Reichsregierung für notwendig erachte, müßten schnell durchgeführt werden. Kein Volk könne auf lange Zeit eine solche Bemühung ertragen. Deshalb müßten die Aufgaben energisch angefaßt und durchgeführt werden. Werden die Nerven verloren, so sei für alle alles verloren.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärte, man hätte sich die Tatsache vor Augen zu halten, daß in Deutschland 75 Prozent aller Gehälter und Löhne gesetzlich und durch Tarifvertrag gebunden wären. Ein solcher Zustand sei in keinem anderen Lande der Welt gegeben. Andere Länder zeigten deshalb, und weil die Kartellpolitik weniger stark entwickelt sei, auch eine stärkere Nachgiebigkeit der Preise bei Wirtschaftskrisen. Der Kampf in der Berliner Metallindustrie habe schnell beendet werden müssen, weil er in seinen politischen Auswirkungen nicht wiedergutzumachende Schäden für die deutsche Wirtschaft hätte anrichten können. Es sei weder der Wille der gesamten Reichsregierung, noch der des Reichsarbeitsministers, daß die deutschen Löhne allgemein und schematisch gesenkt würden. Dementprechend seien auch die Schlichter angewiesen worden.



Zum Totensonntag. „Der Zug des Todes“. Nach einem Gemälde von Gustav Spangenberg.

Die polnischen Terror-Wahlen.

Der Dant des Aufständischen-Verbandes.

Der Ausgang der polnischen Wahlen und der nunmehr bekannt gemordete Aufruf des polnischen Aufständischen-Verbandes, in welchem der Dant dafür ausgesprochen wird, daß die Mitglieder den Kampf gegen die Germanisierung über sich selbst mit so „zweideutigen“ Mitteln aufgenommen hätten, verstärkt bei uns die Auffassung, daß auf dem Wege direkter Verständigung mit Polen niemals die Rechte der deutschen Minderheiten voll und ganz zu schützen sind, daß überhaupt das deutsch-polnische Problem nur zu einer gerechten Lösung gebracht werden kann, wenn wir daselbst vor das Weltforum bringen und in der öffentlichen Diskussion unsere berechtigten Forderungen für den deutschen Osten erneut vortragen.

Wohl hat Jalecki heuchlerisch betont, Polen habe den lebhaften Wunsch, gute Beziehungen zum Nachbar Deutschland zu unterhalten und sei bereit, im Geiste der Versöhnung und der Zusammenarbeit zu prüfen, wie die Lage in Ostpreußen verbessert werden könne. Kein Wort aber verlor er über den Regierungsterror gegenüber den Minderheiten in Ost-Obererschlesien. In seiner bekannnten Annahme erklärte er sogar bezüglich der Streifzüge zwischen Deutschland und Polen, daß Polen niemals auf den Korridor verzichten werde, daß es nach seiner Meinung Ostpreußen sogar sehr gut gehe.

Jetzt, wo wir inmitten der Debatte über die Revision der Reparationspolitik, der Weltwirtschaftskrise, der Abrüstung, der europäischen Verständigung überhaupt stehen, rückt das deutsch-polnische Problem in den Vordergrund des Interesses und muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Debatte kommen. Wir haben ebenfalls im Geiste der Verständigung, aber doch mit betonter Entschiedenheit eine Revision des gesamten Ost-Problems zu fordern, vor allem eine Revision der unerträglich gewordenen Grenzbeziehungen.

Gegen britischen Annexionismus.

Um Deutsch-Ostafrika.

Zum Protest gegen die Pläne Englands auf Einverleibung des großen Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika hatte der Arbeitsausschuß deutscher Verbände in Berlin eine Versammlung in den Sitzungssaal des preussischen Wohlfahrtsministeriums einberufen. Nach einer Eröffnungsansprache des Reichstagsabgeordneten Dr. Schnee, der den in jeder Beziehung hervorragenden Wert der von England verwalteten Kolonie schilderte, bewies Rechtsanwalt Prof. Dr. Grimm-Essen die völkerrechtliche Unzulässigkeit der britischen Pläne nach dem Friedensvertrag und nach Artikel 22 der Völkerbundscharta, der die Grundlätze des Mandatsystems darstellt. Insbesondere zeigte der Redner, daß die beabsichtigte englische Annexion gegen Wilsons Grundgesetz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoße.

Deutschland habe das Recht und die Pflicht, als Mitglied des Völkerbundes in der Mandatskommission gegen Englands Vorgehen zu protestieren und falls der Einspruch nicht durchdringe, an den Ständigen Internationalen Gerichtshof zu appellieren. Eine die Darlegungen Prof. Dr. Grimms kurz zusammenfassende Entschließung wurde ohne Widerspruch angenommen.

Burgfriedensregierung in England?

Konservativer Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Wie „Star“ meldet, haben bekannte Mitglieder der drei englischen Parteien die Möglichkeit in Erwägung gezogen, eine Burgfriedensregierung zu bilden, um die notwendigen Maßnahmen zur Besserung der kritischen Lage der Industrie durchzuführen.

Die Konservativen haben im englischen Unterhaus einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, weil sie es auf der Reichskonferenz unterlassen habe, wirksame Vorschläge für die Entwicklung und Förderung des Reichshandels zu machen und weil sie sich gewiegelt habe, die Vorschläge der Dominions zu erwägen. Der Premierminister wird ersucht, so bald wie möglich Gelegenheit zu einer Debatte zu geben. Man nimmt an, daß diese im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird.

Erklärung Snowdens über die Zolltarife.

Finanzminister Snowden erklärte im Unterhaus, die Verpflichtung, die die Regierung gegenüber der Reichskonferenz eingegangen sei, die Reichsvorzugszollsätze für drei Jahre aufrechtzuerhalten, beziehe sich auf alle bestehenden Zolltarife, sie sei aber durch die Bestimmungen über die Dauer der gegenwärtigen Zolltarife begrenzt und sei dem Recht des Parlaments unterworfen, den Haushalt jedes Jahr festzusetzen.

Eine neue Militärdiktatur in Spanien?

Eine Erklärung Berenguers.

Die Pariser Linksbücher „Deuxième“ und „Populaire“ wollen aus sicherer Quelle erfahren haben und berichten übereinstimmend, daß König Alfons von Spanien eine neue Militärdiktatur nach dem Muster Primo de Riveras vorbereite und zu diesem Zwecke mit General Mola, dem Leiter der spanischen Sicherheitspolizei, verhandelt habe. Das geplante Militärdirektorium würde umfassen außer General Mola General Martinez Anido, Innenminister unter Primo de Rivera, General Saro, Mitglied des ersten Direktoriums unter Primo de Rivera, General Barreca, Kapitänleutnant von Catalonien unter Primo de Rivera.

Einige spanische Blätter veröffentlichen eine Erklärung, die der spanische Ministerpräsident General Berenguer im Zusammenhang mit den gegenwärtig umlaufenden Gerüchten vor Journalisten abgab. In dieser Erklärung heißt es u. a.: Ich beabsichtige, gemäß den Gesetzen zu regieren. Wenn die nicht genügen, bin ich dafür nicht verantwortlich. Wir haben eine genügende Macht, um einem Angriff entgegenzutreten und ihn sogar abzuwehren. Das übrige wird alsdann kommen, und ich kann versichern, daß man mich nicht überrumpeln wird. Sie (zu den Journalisten gewandt) können ruhig schlafen. Aber wenn sich irgend etwas ereignen sollte, würde das Erwachen so schrecklich sein, daß alle es vernehmen würden.

Politische Tageschau

— Außenminister Briand hatte in Paris eine Unterredung mit dem französischen Botschafter in Rom de Margerie. Nach dem „Excelsior“ sind die französisch-italienischen Verhandlungen Gegenstand dieser Aussprache gewesen.

— Während in Madrid, Barcelona und Sevilla die Ruhe wieder hergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen worden sein soll, kommt aus Castellon eine Meldung, der zufolge dort der Generalstreik ausgerufen wurde. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

— Die schwierigen Lohnverhandlungen im Kohlenrevier von Südwales (England) sind ergebnislos abgebrochen worden, so daß allgemein für Ende Dezember mit einem Streik oder einer Ausperrung der Bergarbeiter gerechnet wird.

— Der russische Kalktrakt hat sich in letzter Zeit wiederholt eine engere Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kaiserreich bemüht. Wie verlautet, sind die Verhandlungen, bei denen die Deutschen große Zurückhaltung gezeigt haben sollen, ohne Ergebnis geblieben.

— Die Einberufung des österreichischen Nationalrats. Im österreichischen Ministerrat berichtete der Bundeskanzler über die Einberufung des neugewählten Nationalrats. Es wurde als Grund der einschlägigen Gesetze festgestellt, daß der Reichstag des Ermittlungsverfahrens über das Ergebnis der Wahlen nicht vor dem 29. November 1931 schließen kann. Auf Grund dieser Rechtslage hat der Ministerrat beschlossen, dem Bundespräsidenten u. empfehlen, den neugewählten Nationalrat im Laufe der nächsten Woche zu einem möglichst frühen Termin einzuberufen.

— Die österreichische Anschlussfrage. In einer von 30 baltischen Verbänden in Wien einberufenen Versammlung zur Förderung des Gedankens des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die jüngst in der französischen Kammer geäußerte Ansicht, es sei in Österreich eine Abschwächung des Anschlusswillens eingetreten, den Tatsachen nicht entspreche, daß im Gegenteil die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes unerschütterlich an der Ueberzeugung festhält, daß es seinen Bestand nur im staatsrechtlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gesichert sehen kann und jede andere Lösung der österreichischen Frage ablehne.

— Beschlüsse der britischen Bergarbeiterkonferenz. Die Konferenz der englischen Bergarbeiter beschloß in London einstimmig, jedem Versuch, die Löhne noch weiter zu senken, den größten Widerstand entgegenzusetzen. Sie protestierten gegen den Vorschlag, die Zahl der Arbeitsstunden nach der Gesamtstundenzahl für zwei Wochen statt pro Tag festzusetzen und empfahl, auch alle örtlichen Streikfälle dem Zentralindustriamt vorzulegen.

— Dauerfrieden für China? Die Aussichten eines dauernden Friedens für China wurden durch das Vorgehen von 26 Generalen der Provinz Schansi und des Kuomintang-Heeres, die noch vor kurzem die Zentralregierung bekämpften, wesentlich erweitert. Diese Generale haben nach Nanking telegraphiert, daß sie sich verpflichten, die dortige Regierung zu unterstützen und ersuchen um Verhaftungsbefehle.

Amtliches.

Meisterkurse für die Provinz Westfalen, eingerichtet 1904.

Beteiligt sind: Preuß. Staat, Provinz Westfalen, Stadt Dortmund, westfälische Handwerkskammern.

Beginn der nächsten großen Meisterkurse für Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Maler, Klempner und Installateure, Damenschneiderinnen am Montag, den 5. Jan. 1931. Wegen guter Unterrichtserfolge Teilnahme an den Kursen bisher sehr rege. Seit Beginn der Kurse benutzten über 2100 Handwerker diese vorzügliche Unterrichtsgelegenheit. Diese Kurse sollen Meistern dazu dienen, sich mit den neuesten Techniken vertraut zu machen. Auch älteren Gesellen bezw. solchen, die sich in nächster Zeit selbständig machen, ist Gelegenheit zur Teilnahme an den Kursen gegeben. Unterricht täglich 8 bis 12 und 14 bis 18 Uhr. (Samstag nachm. frei.) Kursdauer: 8 Wochen. Unterrichtsfächer: Fachzeichnen, praktische Übungen in den neuesten Techniken, Kalkulation, Maschinen-, Werkzeug-, Materialkunde, Buchführung, Rechnen, Bürger- und Gesetzeskunde, fachwirtschaftliche Vorträge.

Unterrichtsgeld: 50 RM. für den Kursus. Bedürftige Teilnehmer können Beihilfen zum Lebensunterhalt erhalten.

Anmeldungen: (Formulare sind bei der Leitung der Meisterkurse und den westfälischen Handwerkskammern zu haben) sind bis zum 20. Dezember 1930 zu richten:

An die Leitung der Meisterkurse Dortmund, Brüggemannstraße 25.

Dortmund, im November 1930.

Kuratorium der Meisterkurse:

gez. Dr. Eichhoff, Oberbürgermeister.

Leitung der Meisterkurse:

gez. Prof. Ant. Huber, Direktor der Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

Veröffentlicht.

Verlebung, den 18. November 1930.

Der Landrat, J. V. Martin.

Am Webstuhl der Zeit.

Politische Wochenbetrachtung.

Von Argus.

Seht, da der Reichsrat — die verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länderregierungen — das große Finanzprogramm der Reichsregierung verabschiedet hat, beginnt von neuem das Rätselraten, wie es im Reichstage gehen wird. Der Reichsanwalt drängt darauf, daß alle seine Finanzvorlagen bis Weihnachten unter Dach und Fach sind. Dieses Drängen ist verständlich, ob es aber auf den Reichstag den gewünschten Eindruck machen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Wenn der Reichstag, der bekanntlich am 3. Dezember sich wieder versammelt, das Regierungsprogramm tatsächlich bis zu den Weihnachtsfeiertagen aufarbeiten soll, muß er so mit Hochdruck arbeiten, wie das der Reichsrat in den letzten Tagen getan hat. Wird er dazu bereit sein? Große Veränderungen hat übrigens das Regierungsprogramm durch den Reichsrat nicht erfahren. Nur in einem Punkte (und das war vorauszusehen) ist der Reichsrat nicht mitgegangen: in der Frage der Kürzung der Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder um 100 Millionen Mark. Daß wegen dieser Frage der Termin der Wahlstimmung bei den Beamten vom 1. April auf 1. Februar 1931 vorgelegt werden soll, hat, wie man sich denken kann, den scharfen Protest der Beamtenverbände herausgefordert. Das letzte Wort in dieser Frage ist aber noch nicht gesprochen. Es steht, wie die endgültige Beschlussfassung über das gesamte Regierungsprogramm, dem Reichstage zu.

Die Gemeindevahlen, die am letzten Sonntag in Baden und in Mecklenburg stattfanden, haben erwiesen, daß die politische Stimmung der Bevölkerung noch im wesentlichen dieselbe ist, wie bei der Reichstagswahl vom 14. September. Die Wahlen des letzten Sonntags zeigten wiederum ein außerordentlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten auf Kosten der Mittelparteien (das Zentrum ausgenommen) und der Deutschnationalen. In Baden hat aber auch die Sozialdemokratie da und dort sehr starke Einbußen erlitten, ebenso haben die Kommunisten im ganzen an Stimmen verloren, obwohl sie an einigen Plätzen ihre Mandatszahl erhöhen konnten. Die Nationalsozialisten sind durch die Wahlen zu einem sehr beachtlichen Machtfaktor auf den baltischen Rathäusern geworden.

Mancherorts wurden sie sogar zur weitaus stärksten Fraktion in der Gemeindevertretung. Man kann gespannt darauf sein, wie sich diese Partei, die bisher in der schärfsten Opposition stand, künftig in der praktischen Arbeit bewähren wird.

An Gelegenheit zu dieser praktischen Betätigung fehlt es nicht. Die große Not unserer Zeit stellt ja auch die Gemeinden vor sehr schwierige Aufgaben. Das immer stärkere Anwachsen der Arbeitslosigkeit — eine unmittelbare Folge der großen Arbeitslosigkeit — läßt in allen Gemeinden die Aufstellung eines geordneten Haushaltes zu einem immer komplizierteren Problem werden. Auch auf dem Gebiete der Preisbildung müssen die Gemeinden jetzt aktiv werden. Wird es gelingen, die Kosten der Lebenshaltung so weit herunterzubringen, daß sich daraufhin eine Senkung des gesamten Gehalts- und Lohnniveaus vornehmen und rechtfertigen läßt? Das ist die Hauptfrage, vor die sich die deutsche Volkswirtschaft zur Zeit gestellt sieht. Die Reichsregierung bejaht sie. Einige Preisfestsetzungen hat sie bekanntlich auch schon erreicht. Sehr viel ist es freilich nicht. Alles wird jetzt davon abhängen, ob es gelingt, die großen Kartells, die wir heute auf fast allen Gebieten der Produktion und des Handels haben, zu Preisreduzierungen zu veranlassen. Das wird nicht leicht sein, man muß es aber versuchen. Wie gesagt, wird auch den Kommunalverwaltungen auf diesem Gebiet die Aufgabe der Mitwirkung zufallen. Inzwischen sind Gehalts- und Lohnfestsetzungen überall beabsichtigt oder schon durchgeführt. Neuerdings hat beispielsweise die gesamte Metallindustrie Süddeutschlands die Lohnsätze gekündigt. Es ist also an der Zeit, auch das Preisniveau zu senken.

Die abgelaufene Woche war auch außenpolitisch recht bewegt, jedoch der Chronist nur die allerwichtigsten Ereignisse kurz betrachten kann. Da sind zunächst zu erwähnen die Reden des französischen Außenministers Briand und des Ministerpräsidenten Laval in der Abgeordnetenkammer über die deutsch-französischen Beziehungen. Bemühte sich Herr Briand, einigermaßen vernünftige Töne zu finden und die Fortsetzung der Verständigungspolitik von Locarno zu rechtfertigen, so kam Herr Laval mit den allerhöchsten Anlagen und Verdächtigungen gegenüber Deutschland. Was er von der deutschen Gefährlichkeit sagte, wie er den Versailler Vertrag auslegte — Deutschland mußte abräumen, die Entente Staaten können es, wenn sie wollen —, wie Laval auf diese Weise ewige Unruhen zwischen zwei Völkern sät, die auf den Schlachtfeldern aller Jahrhunderte dem Kriegsgott Millionen von Menschenleben geopfert haben — das alles mühte die ganze Welt aufs tiefste erschrecken, wenn sie nicht ganz und gar von wirtschaftlichen Sorgen erfüllt wäre. Und wie ist es möglich, daß Laval mit Briand in einem Kabinett sitzt? Und schließlich: welche Richtung wird in Frankreich liegen, Laval oder Briand? Lauter schwerwiegende Fragen, auf die sich heute noch keine Antwort geben läßt!

Von Frankreich nach Polen ist es, obwohl Deutschland dazwischen liegt, nur ein kleiner Schritt. Denn Polen ist der getreue Trabant Frankreichs. Ein gegen Deutschland gerichtetes Militärabkommen teilt beide Staaten aneinander. In Polen haben die Parlamenten in Warschau statgefunden. Das heißt, wenn man die Tragikombie, die sich am Sonntag abspielte, so nennen darf, Pilsudski, Marschall, Ministerpräsident und Diktator der polnischen Republik, hat mit einem geradezu unerhörten Terror diese Wahlen „gemacht“. Der Regierungsblock hatte alle Freiheiten, die Opposition wurde geknebelt. Ihre Führer kamen ins Zuchthaus, ihre Wahllisten wurden für ungültig erklärt, ihre Wahlveranstaltungen verboten, ihre Anhänger mit Gewalt an der Stimmabgabe verhindert, soweit sie nicht aus den Wahlorten geflohen waren usw. Daß die deutsche Minderheit unter diesem Terror besonders schwer zu leiden hatte, versteht sich von selbst. Resultat: ein starkes Anwachsen der Mandate des Regierungsblocks. Die deutschen Mandate sanken von 19 auf 5 zurück. Wir beneiden Herrn Pilsudski um diesen „Erfolg“ wahrlich nicht. Wer aber Polen etwa für einen Kulturstaat gehalten hat, muß seine Meinung gründlich revidieren! — Auch die freie Stadt Danzig, die seit Versailles bekanntlich vom Reich abgetrennt ist, hat am Sonntag gewählt. Erfreulich war das Bekanntnis der Danziger Bevölkerung zum Deutschtum. Danzig ist und bleibt eine deutsche Stadt!

Italien hat eine 12prozentige Gehaltskürzung für alle Staats- und Gemeindeangestellten durchgeführt. Man hofft, daß dadurch auch die Lebensmittelpreise heruntergehen. — In Spanien herrscht andauernd eine bedenkliche Gärung. Neuerdings gab es in Barcelona und in Madrid wieder allerlei politische Streiks und Unruhen. — Die englisch-indische

Verfassungskonferenz in London hat ihre Arbeiten aufgenommen. Einer der indischen Fürsten, die sonst die treuesten Gefolgsleute Englands sind, erklärte in einer der ersten Sitzungen, daß Indien unbedingt die Rechte eines selbständigen Gliedes im englischen Weltreiche verlangen müsse. Und ein Vertreter der indischen Mohammedaner hat offen ausgesprochen, daß die Zeit der britischen Herrschaft über Indien sich ihrem Ende zuneige. Indien wolle völlig frei werden, die englisch-indische Freundschaft könne ja trotzdem weiterbestehen. Das ist ein böser Anfang der Verhandlungen!

Das Bekenntnis der neuen Abgeordneten.

Von den 577 Reichstagsabgeordneten haben nach dem bisher vorliegenden Vorbericht des Reichstagsanwaltes 1030 in den persönlichen Mitteilungen 53 Abgeordnete keine Angaben über ihre Konfession gemacht, und zwar 29 Sozialdemokraten, 15 Kommunisten, 3 Nationalsozialisten, 3 Wirtschaftsparteiler, 2 Volksparteiler und ein Staatspartei'er. Von den übrigen 524 Reichstagsabgeordneten sind 219 Abgeordnete evangelisch, 143 katholisch, 2 jüdisch und 160 in verschiedenen Bezeichnungen konfessionslos.

Die stärkste Gruppe sind die 219 evangelischen Abgeordneten, die sich folgendermaßen auf die Parteien verteilen. Von den 107 Mitgliedern der Nationalsozialisten 73, von den 41 Deutschnationalen 36, von den 30 Volksparteilern 27, von den 21 Mitgliedern des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Konfessionslosen und der Hannoveraner 21, von dem Deutschen Landvolk 20, von den 23 Wirtschaftsparteilern 13, von den 14 Mitgliedern der Staatspartei 12, von den Sozialdemokraten 10 und von den Mitgliedern der Volkspartei 5. Keine evangelische Abgeordnete haben die Kommunisten, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Bauernpartei. Es gibt also außer den grundsätzlich katholischen Parteien, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, noch eine Gruppe, die sich nur aus Katholiken zusammensetzt. Zentrum und Bayerische Volkspartei haben zusammen 87 Katholiken, in den anderen Parteien sind noch 56 katholische Abgeordnete vorhanden, und zwar bei den Nationalsozialisten 27, bei der Wirtschaftspartei 7, bei den Sozialdemokraten 7, bei der Deutschen Bauernpartei 6, bei der Deutschnationalen Volkspartei 5, bei dem Deutschen Landvolk 2, bei der Deutschen Volkspartei einer und bei der Volkspartei der Reichsbewegung einer. Jüdisch nennen sich nur 2 sozialdemokratische Abgeordnete.

Größer als die Zahl der 143 Katholiken und hinter den Evangelischen die zweitstärkste Gruppe sind die Konfessionslosen, und zwar 160. Es nennen sich Dissidenten 99, konfessionslos 16 und freireligiös 7. Es gehören von diesen Abgeordneten ohne Konfession einer zur Staatspartei, 2 zu den Nationalsozialisten, 62 zu den Kommunisten und 95 zu den Sozialdemokraten.

Nimmt man die Konfessionsstatistik des Deutschen Reiches zur Hand, so stößt man zunächst auf die Tatsache, daß die etwa 65 Prozent Evangelischen des Deutschen Reiches nur 219 Abgeordnete in den Reichstag senden, die etwa 33 Prozent Katholiken 143 Abgeordnete und die noch nicht 2 Prozent betragenden Konfessionslosen nicht weniger als 160 Abgeordnete. Wir sehen ferner, daß keine dieser drei Gruppen eine Mehrheit bildet. Seit 1919 gab es keine evangelische Mehrheit mehr im Deutschen Reichstage. Von den gesamten Reichstagsabgeordneten nennen sich rund 38 % evangelisch, 28 % dissidentisch und rund 25 % katholisch. — Man sieht also, daß weder die Evangelischen noch die Katholiken den Prozentfuß erreichen, den sie nach der Bevölkerungsanzahl haben müßten.

Verantwortung!

Am Teetisch — — — irgendwo, irgendwann.

Ueber den biden Perferleppich eines Kuruzerlaurants gleiten geräuschlos die Schritte eines sorgfältig gekleideten Kellners. Gesichtsmaske verhalten und starr. Typ: Diplomat oder Sportmann. Mit guter Haltung steht er das hauchzarte Chinesenporzellan auf die gezackten Spigenbedecken.

Der Duft der Getränke mischt sich mit den blauen Ringen der Zigaretten, träufelt sich zur quadratisch geschnittenen Glasdecke, deren indirektes Licht dem Raum jene reizvolle warme „Fünf-Uhr-Stimmung“ verleiht.

In die breitrandigen Klubbessel zurückgelehnt sitzt die Gesellschaft. Damen, einige Herren.

Manche

freie Stunde verschafft Ihnen IMI!



Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz: alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Badewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.



Henkel's Aufwasch- Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

10 LITER
1 EIMER HEISSES WASSER

Man unterhält sich von der „Bubitz-Dämmerung“. Kritisiert die Nackenbänder, die der knappe Hutrand hinten abschließt, hält dieses der Filmleintwand abgedruckte Engels- gelock für den Vorposten zum langen Haar. Spricht von ihm, als dem Generalangriff zum Griechentoten und Start zum Haarturn, in dem die Drahtnadeln wieder ihr geheimes Leben führen werden — Dann geht das Gespräch zur Kleidung über.

„Haben Sie schon gehört — — — in diesem Winter trägt man in Paris besonders viel Pelz. Abgestimmt. Farbe in Farbe. Es gibt entzückende Neuheiten in Schnittform und Fellart — —.“ Man trägt Fellschuhe — — — Man trägt stirnfrei — — — Man trägt lang — — — Man trägt kurz — — — Man trägt — — —

Das Toilettenklima herrscht geraume Weile am Te- tisch. Leichtlin plaudern die in firschtrot gemalten Lippen über die Mode im Winter 1930.

Da — — eine Stockung — — —

„Nein meine Damen — —“, wie scharfe Messer schneiden die Worte eines am Tische Sitzenden durch die Stimmung — —

„Ich mache Sie auf etwas aufmerksam. In diesem Winter trägt man nicht unnötigen Aufwand zur Schau. In diesem Winter trägt man vor allem — Verantwortung!“

Man könnte in diesem Augenblick eine Nadel zum Boden fallen hören.

„Jeder von uns hat die sittliche Pflicht, die notwendigen Opfer zu bringen, um den darbenenden und von allen Lebens- notwendigkeiten entblößten Volksgenossen durch die entsetzliche Notzeit hindurchzuhelfen. Das ganze Volk, in erster Linie Sie, denen es noch gut geht, haben sich eine Vereinfachung der Lebenshaltung aufzuerlegen. Es wäre ein gefährlicher Tanz über dem Abgrund, handelten Sie gegen dieses selbst- verständliche Gesetz der Moral und des Taktos. Jeder Luxus in persönlichen und öffentlichen Angelegenheiten hat zu ver- schwinden und äußerste Sparbarkeit an seine Stelle zu treten.“

Man hängt an seinen Lippen — —

„Wir haben weder Grund noch Geld noch Veranlassung, gedanken- und bedenkenlos etwas zu tun, wodurch ein falscher Schein erweckt wird oder was naturgemäß bei denen, die neben dem Wege stehen, aufreizend wirken muß. Das Verantwortungsgefühl soll aber nicht nur eine äußerliche Attrappe des Verstandes sein, ein Ausfluß der Angst etwa, um die Luft, die allenthalben mit Mühsal geladen ist, nicht zum Explodieren zu bringen, nein, das Verantwortungs- gefühl soll dem innersten Herzen, dem Gemüt entfeimen. Wer etwas „Coeur“ hat, meine Herrschaften, wird in diesem Winter die richtige Haltung zu finden wissen und das „tragen“ helfen, was uns allen geizt: die Sorgen und Lasten derer, die darunter zusammenbrechen — — —“

Die offenen Worte haben ihre tiefe Wirkung nicht ver- fehlt, sie „sitzen“, denn die Tischgesellschaft dachte sich nichts Schlimmes bei der Modeplauderei. Einer oberflächlichen Laune war sie entsprungen. Aber der Nasenstüber kam zur rechten Zeit und jeder von der Runde nahm sein Teil mit nach Hause — — —

Zur Erklärung: Das Zwiegespräch hat irgendwo statt- gefunden.

Die Ausmalung der Situation mag als Ergebnis einer gedanklichen Ueberlegung erlaubt sein, wenn wir leider tag- täglich auf der Straße, in Vergnügungsorten, selbst im eigenen Zuhause feststellen müssen, daß der Ernst unserer Lage immer noch nicht gebührende Beachtung findet. Auf der einen, der größeren Seite, bitterste Not, Arbeitslosigkeit und Hunger, und auf der andern das sicherlich nicht böse gemeinte, aber gedankenlose „in den Tag hineinleben“.

Es wäre abwegig — jeder, der die Verflochtenheit unseres Wirtschaftslebens erkannt hat und darin verwickelt ist, wird dem selbstverständlichen zustimmen —, es wäre grund- falsch, wenn aus diesen Erwägungen etwa hergeleitet werden sollte, daß die bemittelten Kreise mit dem Umsatz ihres Geldes in Ware zurückhalten sollten. Der Taler muß und soll rollen, wenn der Arbeiter am Webstuhl, der Schlosser und Dreher in Fabrikbetrieb, der Schneider mit der Näh- maschine, die Putzfrau mit ihren Modellen Arbeit und Verdienst haben will. Wer irgend kann, soll Handel, In- dustrie und Gewerbe unterstützen. Die Drohung des Ver- brauchs aus einer Art Angstschloß heraus würde von katastrophalen Folgen geworfen, der Allgemeinheit erwüchsen weitere untragbare Wohlfahrtslasten und das Rad der Ver- nünftigung würde über uns alle weggehen — — —

Gerade die Kreise, die noch das Glücksgesicht eines ge- sicherten Einkommens, einer festen Stellung, vielleicht sogar eines gut fundierten Vermögens genießen, sollten sich der Verantwortung, die auf ihnen ruht, die Wirtschaft in Gang zu halten, bewußt sein.

Aber der aufreizende Luxus, der überflüssige Tand, das pfauenhafte Gebaren, kostspielige Veranstaltungen, hinter denen nichts steckt, als die Sucht, sich für eine Nacht zu ver- gnügen, die sind heute nicht mehr am Platz. Der Ertrag kommt nur wenigen zugute. Das Geld ist vertan, ist besser anzulegen.

An den, der helfen kann und helfen will, der sich be- wußt ist, daß er die Lasten der andern mit auf die eigenen Schultern zu nehmen hat, an den richtet sich eine andere Mahnung. Die Forderung, mildtätig zu sein und dort zu spenden, wo die Not am größten.

In der trassierten Form tritt das nackte Elend an uns heran. Knaufert nicht mit dem Groschen, wenn die Haus- schelle klingelt und um eine Gabe gebeten wird. Wie leicht läßt sich manche Kränze trocknen, wie leicht manche Blöße bedecken — — — Gewiß, zur Linderung der Not rufen in diesen Wochen viele Organisationen auf. Oft heißt es: Bittz, gib! In manchem Kleidergeschäft, in manchem Wäsche- geschäft mag es dürftig genug ausschauen, aber immer noch soll das Bibelwort Geltung haben: Wer zweien Mäntel hat, gebe dem, der keinen hat — — —

Seht stehen unsere Volksgenossen in bitterster Armut. Es brennt an allen Ecken. Die zwölfte Stunde hat geschlagen! Helft! Wer möchte zurücktreten — — —?

Wir und ihr, du und ich, laßt uns jetzt nicht rechten, warum es so schlimm geworden ist. Keine langen Reden. Taten! In diesem Winter trägt jeder die — Verant- wortung — — —



Aus der
CLEVER-STOLZ WANNE..
im
CLEVER-STOLZ WICKLER

CLEVER-STOLZ
"immer frisch"

Wenn „Clever-Stolz“ verlangt, jedoch eine andere Marke verab- folgt wird, so macht sich der Verkäufer strafbar.

Glückssucher / Roman von Erika Rieberg

Nachdruck verboten.

5] „Deine Mutter gehörte einst zu ihnen.“

„Und dein Vater ist aus besser, und zum mindesten gleichstehender Familie. Und du bist ein kleines süßes Mädchen. Morgen beichten wir deinen und meinen Eltern.“

„Spät abends, als endlich alle Gäste gegangen waren, winkte der Direktor seinem Sohn. Erst als auf dem Wirtschaftshof alle Geräusche des erwachenden Betriebes laut wurden, trennten sich die beiden Männer.“

Und Wolf suchte mit überwachtem sorgenvollem Gesicht sein Zimmer auf.

In Frau Lindas Schlafgemach waren die Vorhänge noch geschlossen. Der Direktor öffnete gegen Mittag leise die Tür.

Wie stets rücksichtsvoll den Frauen gegenüber setzte er sich an ihr Bett.

„Du fühlst dich noch immer angegriffen?“ fragte er.

„Sie streckte ihm die schmale blaße Hand hin. „Nur ein wenig müde“, sagte sie matt. „Aber was führt dich her?“

„Es ist doch noch so früh.“

„Bald Mittag, liebe Linda.“

„Ach wirklich? Dann will ich aufstehen.“ Sie griff nach der Klingel. „Milla soll kommen.“

„Er hielt ihre Hand auf. „Ich möchte etwas mit dir besprechen, nur erregte dich nicht.“

„Sie sah ihn angstvoll an. „Du sprichst so ernst. Es betrifft doch nicht Wolf?“

„Werder nicht. „Ja, es handelt sich um Wolf.“

„Um Gotteswillen, was ist geschehen?“

„Sie starrte mit weitgeöffneten Augen ihren Mann an. „Nicht aufregen, Linda. Es ist kein Unglück geschehen.“

„sagte Werder etwas ungebüht.“

„Also was, was?“

„Er liebt Irene Lenzbach und hat sich gestern abend mit ihr verlobt.“

„Frau Linda sah plötzlich erzitternd in ihrem Bett. „Wolf sich verlobt? Mit Irene Lenzbach? Franz, du treibst einen geschmacklosen Scherz mit mir. Wahnsinn.“

„Sag, daß es nicht wahr ist.“

„Es ist kein Scherz, Linda. Wolf hat mich in dieser Nacht flehentlich um meine Einwilligung gebeten.“

„Dich um deine Einwilligung gebeten? Und ich weiß nichts davon? Wie ist dies alles nur möglich?“ fragte sie fassungslos.

„Er wäre wohl zuerst heute zu dir gekommen. Ich selbst rief ihn gestern nacht noch in mein Zimmer, da ich es für besser halte, die Sache zuvor mit dir zu überlegen.“

„Da ist doch nichts zu überlegen. Ich werde ihm so ort den Wahnsinn dieser sogenannten Liebe klar machen. Das Mädchen muß natürlich von hier entfernt werden. Und den Inspektor mußt du künftigen ... Die ganze Familie muß uns aus den Augen.“

„Ihre Augen flackerten, die hageren Wangen glühten. So fanatisch ihre Liebe für den Sohn war, so fanatisch sprang jetzt der Haß gegen die in ihr auf, die ihn ihr

nehmen wollten. Werder sah einen ihrer gefürchteten Erregungszustände kommen. Er sagte sanft, aber mit Nachdruck ihre umher- suchenden Hände.

„Dem Mädchen kann man nichts vorwerfen. Sie ist schön und von tadellosem Ruf. Ihre Liebe zu Wolf ist keine Schuld ... Und deshalb sollte ich Lenzbach künftigen? Diesem Ehrenmann. Wohin vertrittst du dich, Linda? Bleibe doch gerecht und laß uns gemeinschaftlich überlegen.“

„Sie lachte spöttisch. „Mit dieser Sache mit dir überlegen? Du denkst wenig aristokratisch. In meinen Kreisen weiß man solche unliebsamen Eindringlinge zu entfernen.“

„Werder beherrschte sich wie immer. „Ich sage dir ganz offen, Linda, auch ich habe anderes für Wolf erhofft, nein, nicht die Komtesse. Ich habe ihm alle Gegengründe, namentlich deinen voraussetzlichen Widerstand, klargelegt, jedoch vergebens. Besehest du dich auf deine Liebe zu ihm, die nichts anderes als sein Glück wollen kann. Besehest du dich Irene Lenzbach, die die Treue halten, zu der er sich seit dem gestrigen Tage verpflichtet fühlt.“

„Mit einem Ruck entriß Frau Linda ihm die Hände. „Ihre Glieder stiegen, atemlos stieß sie hervor: „Und ich erkläre: Nie wird dieses intrigante Geschöpf, von dem Wolf sich hat einfangen lassen, über meine Schwelle häuslicher im Hause haben.“

„Werder stand auf. „Du verweigert also ein für alle Mal meine Einwilligung?“

„Ein für alle Mal!“ wiederholte sie heftig.

„Und nicht Wolfs Bitten können dich umstimmen?“

„Nein. Ich verbiete Wolf ausdrücklich, über diese an Wahnsinn grenzende Sache mit mir zu sprechen.“

„Sage ihm das.“

„Sie ließ sich ermattet in die Kissen fallen. Der Direktor ging zur Tür. Von dort sprach er sehr ernst zu ihr zurück: „Vielleicht könnte sich dein Gewissen einmal beschweren fühlen.“

„Mein Gewissen, beschwert? Erlaube, daß ich an deinem Verhalten zweifle, mein Freund.“ lachte sie schrill.

„Er fuhr ruhig fort. „Dieses nämlich wollte bedeuten: Marfa Zanel, dies unglückliche Weib, die Buchhändlerin, wie du sagst, beging in höchster Not aus Liebe zu ihrem Kinde eine Unredlichkeit, denn sie hungerten, Linda. Sie hatte kein Brot für ihr hungerndes Kind, wie sie keine Kleidung für das frierende hatte. Du, Linda, hüte dich, aus Liebe zu deinem Sohn eine Ungerechtigkeit zu be- gehen. Ferner bedenke: In jeder Familie gibt es unlieb- same Elemente, deren man sich nicht gern erinnert.“

„Sie war mit einem Schlag aus dem Bette. An allen Gliedern bebend, stand sie vor ihm.

„Du hältst mir das Mißgeschick meiner Familie vor?“

„Das Spielungsglück meines Bruders?“

„Der an diesem Unglück zugrunde ging?“ fiel der Direktor schweren Tones ein. „Ja, Linda, daran er- innere ich dich, damit sich dein sonst gutes Herz nicht verhärte gegen das Unglück Fremder und gegen das Glück deines Sohnes.“

„Sie ballte die mageren, blassen Hände zu Fäusten, ihr Gesicht verzerrte sich. „Das mir, mir. Um dieses Böbels willen. Vom Hof werde ich sie jagen ...“

„(Wort, folgt.)“

Bruchleidende

Spranzband

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte

Spranzband

gef. gefch. Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig, für alle Arten von Brüchen. Beste volle Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Vervollständigt. Mein Vertreter ist für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) wieder mit Mustern **kostenlos** zu sprechen in

Erndtebrück: im Hotel Wittgensteiner Hof, am Montag den 24. November von 2-5 1/2 Uhr.

Laasphe: im Bahnhof-Hotel, am Dienstag den 25. November von 9-12 Uhr.

Der Erfinder und alleinige Hersteller:

Hermann Spranz, Unterlochen (Württbg.)

Bekanntmachung

Im Schutzbezirk Teubingen, Distrikt Weibelbach und im Schutzbezirk Augustenhof I, Distrikt Niedheide, fallen **Eichen-Pfähle und Pfosten** ab, die zum Zaun- und Koppelbau pp. geeignet sind.

Etwaigen Reflektanten wird angeraten, ihren Bedarf unter Angabe der gewünschten Länge bei den Herren Gemeindeförstern Hattendorf und Althaus zu bestellen.

Fürst Wittgenstein'sche Forsterei
Teubingen zu Sakmannshausen.

Öffentliche Mahnung

anstatt Mahnzettel.

Die bis 15. November 1930 fällig gewordenen **Raffen- und Arbeitslosenbeiträge** sind nunmehr bis spätestens 25. November 1930 zu entrichten. Ab 26. Nov. 1930 erfolgt Zwangsbeitreibung unter Berechnung der gesetzlichen Gebühren.

Berleburg, den 18. November 1930.

Allgemeine Orts- und Landrathskasse
des Kreises Wittgenstein
als Vollstreckungsbehörde.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. d. Mts. erinnern wir nochmals an die **Zahlung der fällig gewordenen Steuern**. Es kommen in Frage: Grundvermögens- und Hauszinssteuer bis einschließlich November, Gewerbeertrag- und Kapitalsteuer bis einschl. III. Quartal und Wassersteuer pp. bis III. Rate 1930.

Ab 26. d. Mts. erfolgt gebührenpflichtige Beitreibung.

Laasphe, den 21. November 1930.

Die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde:
S a h n.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Georg Müller** in Laasphe findet auf Antrag des Konkursverwalters der Termin zur Legung der Schlussrechnung am 12. Dezember 1930, 11.30 Uhr statt.

Laasphe, den 14. November 1930.

Amtsgericht.

Unfallversicherung
bis
12.000 RM
Hohes Sterbegeld
bietet seinen Abonnenten
Das Buch für Alle
Die allbewährte, gediegene Familienzeitschrift
Mit 14 Tage die sich auf 100 bis 110 Seiten
im Nothelfer im deutschen Hause

S.R.Z.

SÜDWESTDEUTSCHE RUNDFUNK-ZEITUNG
DAS BLATT DES RUNDFUNKHÖRERS!

Ausgabe A mit dem Frankfurt-Kasseler Programm RM. — 86 monatlich
Ausgabe B mit dem Programm der europ. Sender RM 1.26 monatlich
Probeheft kostenlos.

SÜDWESTD. FUNKVERLAG, FRANKFURT AM MAIN, BLUCHERSTR. 20/22

Geld! Geld!! Geld!!!



Verdient wer Hühner hält!
Was seiner Henne gibt die Kraft,
die viele Eier ihm beschafft,
das ist
Ovator-Eiermehl
(Legemischfutter)
Sie können kaum die Eier zählen,
wenn Sie Ovator-Futter wählen.
Seit vielen Jahren erprobt.
Machen Sie den Versuch.

WESTDEUTSCHE MÜHLE
GEFLÜGEL-KRAFTFUTTER-FABRIK
DÜSSELDORF-HAFEN-GEGR. 1906



DIE NEUE KAPPEL
eine Höchstleistung
deutscher
Qualitätsarbeit

MASCHINENFABRIK KAPPEL-CHEMNITZ



4 Reichs-Porzellan-Woche
PORZELLAN ist HYGIENE

Wer schönes Porzellan liebt,

der beachte in kommender Woche meine Schaufenster.

Glüte, Schönheit und Preiswürdigkeit
zeichnet jedes ausgestellte Stück aus.

Hermann Jung
Laasphe.

Wiederverkäufer

Baumwollwaren
Wollwaren
Kurzwaren
Trikotagen

kauft man nur bei

Heinrich Keller, Siegen Kälnerstrasse 27

Am billigsten kaufen Sie Ihre

Forstpflanzen

Allee-, Bier- und Obst-
bäume sowie Beerenhoch-
stämme u. f. w., bei

Ph. Dienst, Baumschulen

Diedenshausen b. Berleburg

Telef. Amt Girkhausen Nr. 25

— Preisliste auf Wunsch —

Der Herr freut sich

nicht nur im Augenblick der Kaufes,
sondern stets bei Benutzung der
Gegenstände, wenn er
**Kragen, Krawatten, Ober-
hemden, Hosenträger, Stock,
Schirm, Handschuhe, Schaloder
Cachenez, Socken, Strümpfe**
bei

Hutschröder, Laasphe

kauft.

Er wird gut und preiswert bedient.

Zwangsversteigerung.

Am Montag den 24. November
1930, mittags 11 1/2 Uhr werde ich
im Versteigerungslot A. Müller
in Teubingen

**1 rote Kuh,
1 Fräsmaschine,
1 Hobelbank**

öffentlich meistbietend gegen sofortige
Barzahlung versteigern.

Laasphe, den 22. November 1930.

Westerholz, Obergerichtsvollzieher.

Puppen- Klinik.

Ihre Reparaturen

an

Puppen

aller Art lassen

Sie nur beim

Fachmann

ausführen.

Aug. Wehn

Friseur

Laasphe,

Königsstr. 34.

Wer liefert

450 P. Eschenholz-

Stelzen,

aktuelle, fol. Ware,

in versch. Gr.?

Giloff u. F. 3.

an die Geschäftsst.

b. Wittg. 3tg.

Ischiad., Gicht u.

Rheumatismus -

franken teile ich gern

gegen 15 Pfg. Rück-

porto, sonst **kosten-**

frei, mit, wie ich vor

5 Jahren von meinem

schweren Ischiad. und

Rheumatiden in ganz

kurzer Zeit befreit

wurde.

J. Stieling,

Kantinenpächter,

Frankfurt Dd. 162

Judenstraße 6.

Bitte Cilange-

bote in ca. 1000 bis

1500 Stück

Weihnachts-

bäumen.

Hermann

Schleifenbaumjr.

Geisweid,

Bahnhofstraße 16.

Achtung! Achtung! Billig! Billig!

Verkaufe ab heute einen größeren

Posten

Schuhwaren

weit unter Preis.

Otto Schäfer

Laasphe, Königstraße 26.

Edel-Honig

garantiert naturreiner, von feinstem
mild. Aroma, ohne Zuckerfütterung
gewonnen, flüssig (goldklar) oder fest
(hellgelb). 10-Pfund-Postleimer (9 Pfd.
Inhalt) Mk. 13.—, halber Mk. 7.—
franko, Nachnahme 30 Pfg. mehr.
Probepackung 1 1/2 Pfd. Inhalt, gegen
Voreinfendung von Mk. 2.50.

G. Kauder, Potsdam 42

Großimkerer-Versand

Postcheckkonto Berlin 129 141

Kirchlicher Anzeiger.

Ev. Gemeinde Laasphe.

24. Sonntag nach Trinitatis.

Totenfest.

10 Uhr: Gottesdienst, P. Bauer.

11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

5 Uhr: Gottesdienst mit Vorbereitung

und Feier des heiligen Abendmahls.

Laasphehütte.

1 1/2 Uhr: Feier auf dem Friedhof.

2 Uhr: Vorbereitung und Feier des

heiligen Abendmahls, P. Feyn.

Kollekte für die Erneuerung der Ge-

meindkirche.

Evgl. Gottesdienst Erndtebrück

Sonntag den 23. November

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst mit

Vorbereitung und Feier des heiligen

Abendmahls.

1 1/2 Uhr nachm.: Kindergottesdienst.

Kath. Gottesdienst in Laasphe.

Sonntag, den 23. November 1930,

vorm. 1/2 12 Uhr.